



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 052-2021
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.77

Eingereicht am: 17.03.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schneider (Biel/Bienne, SVP) (Sprecher/in)
Müller (Orvin, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Anschlag auf Bieler Synagoge: Was kann der Kanton und was sollte der Bund dagegen tun?

Am 18. Februar 2021 wurde auf die Bieler Synagoge ein Anschlag mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen verübt. Der Vorfall löste Entsetzen und Wut, aber auch Verunsicherung aus. Der Nachrichtendienst des Bundes hält in seinem Lagebericht 2020 fest, dass die Feindseligkeit gegenüber Israel und den Juden einen wesentlichen Teil der dschihadistischen Ideologie sei, und weist dabei auf diverse Anschläge in Europa in den vergangenen Jahren hin. Auch der Kanton Bern ist von dieser Entwicklung betroffen (siehe Bieler «Hassprediger» Abu Ramadan).

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche kurz- bis mittelfristigen Massnahmen können seitens der kantonalen Behörden ergriffen werden, um den Schutz von Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen zu erhöhen?
2. Welcher weitergehenden Massnahmen bedarf es aus Sicht des Regierungsrats, um den Schutz der jüdischen Bevölkerung längerfristig zu garantieren?
3. Wo sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf auf Stufe Bund?

Verteiler
– Grosser Rat